



**Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft  
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822  
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 15.03.2017

## Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 16.02.2017, 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16 F 43

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau  
Herr Dr. Günter Bell

Dezernat Soziales, Integration und Umwelt  
Behindertenbeauftragter - stellvertretender Vorsitzender

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier  
Frau Annette Hepp

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.

Herr Paul Intveen

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Frau Barbara Röttger- Schulz

Polio Stammtisch

Herr Wolfgang Schaefer

Deutsches Rotes Kreuz

Herr Wolfgang Schmidt

Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH

Frau Sigrid Schmitz

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Thorsten Steinbach

IncluCity Cologne

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Herr Rainer Zuch

Synagogen-Gemeinde Köln

#### Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl

CDU

Frau Cornelia Schmerbach

SPD

Frau Elke Lerchner

FDP

Herr Manfred Waddey

GRÜNE

## **Ständige Gäste**

Frau Judith Beckmann	KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG
Herr Prof. Dr. Jürgen Innenmoser	Stadtsporthund
Herr Thomas Phillippi	SBK Senioren-Betriebe-Köln gGmbH

## **Verwaltung**

Frau Ursula Adams	Amt für Wohnungswesen
Frau Tanja Daniels	Amt für Personal, Organisation und Innovation
Frau Doris Dieckmann	Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
Frau Alexa Dreyer	Amt für Wirtschaftsförderung-Kompetenzzentrum Frau & Beruf Region Köln
Herr Wolfgang Heintz	Wahlamt
Herr Ulrich Horn	Stadtplanungsamt
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Service
Herr Jürgen Kube	Amt für Wohnungswesen
Herr Helmut Matzel	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Frau Sabine Rauchschalbe	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Nina Rehberg	Dienststelle Diversity
Herr Ronny Sämann	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Peter Schneider	Dienststelle Diversity
Herr Andreas Schwarz	Dienststelle Diversity - Fachstelle Behindertenpolitik
Frau Elisabeth Uhlig-Fasbender	Amt für Weiterbildung
Herr Achim Woltmann	Amt für Soziales und Senioren

## **Gäste**

Frau Kerstin Kinnen	Assistentin von Herrn Steinbach
Frau Ute Palm	sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

## **Schriftführerin**

Frau Angela Edith Thiemann	Dienststelle Diversity-Fachstelle Behindertenpolitik/Geschäftsführung StadtAG Behindertenpolitik
----------------------------	--

## **Presse**

## **Zuschauer**

Herr Dr. Rau begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Er teilt mit, dass nach Veröffentlichung der Einladung weitere Tagesordnungspunkte angemeldet wurden. Der Tagesordnungspunkt

0. Ständige Gäste in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
hier: Seniorenvertretung – Benennung der Seniorenvertretung für die Amtsperiode 2016 – 2021 von Frau Sigrid Buchholz

wurde von der Verwaltung zurückgezogen, so dass nunmehr vorgeschlagen wird, die Tagesordnung nur noch um den Tagesordnungspunkt

- 5.1 Querungsstellen mit differenzierter Bordhöhe  
hier: Anfrage der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen vom 03.02.2017

zu erweitern. Da keine weiteren Vorschläge zur Tagesordnung vorliegen, wird die Tagesordnung wie folgt genehmigt:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

0. Ständige Gäste in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
hier: Seniorenvertretung – Benennung der Seniorenvertretung für die Amtsperiode 2016 – 2021 von Frau Sigrid Buchholz

zurückgezogen

#### **1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**

#### **2 Gespräch und Vorträge**

2.1 Lebensqualität für alle im Sozialraum,  
hier: Vortrag von Herrn Beigeordneten Dr. Harald Rau

#### **3 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen**

3.1 Sitzungsplanung 2017  
hier: Schwerpunktthemen der Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im 2. Halbjahr 2017

3.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen  
hier: Antrag der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 18.01.2017

3.3 KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2017  
hier: Benennung von Jurymitgliedern

#### **4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht - 0990/2016 und ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
hier: Sachstandsbericht und Controlling

4.1.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht - 0990/2016 - Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln - 2763/2016  
hier: Beantwortung einer Anfrage aus dem Ausschuss Soziales und Senioren am 27.10.2016 und des Gesundheitsausschusses am 15.11.2016  
4207/2016

- 4.2 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten  
hier: Sachstandsbericht
- 4.2.1 Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten  
0118/2017
- 4.3 Erhöhung der Mobilitätshilfe und Erweiterung des Personenkreises um den Personenkreis der Menschen mit geistiger Behinderung mit Orientierungsschwierigkeiten  
hier: Sachstandsbericht
- 4.4 Barrierefreie Wahlen  
hier: Landtagswahl NRW am 14.05.2017 und Bundestagswahl am 24.09.2017
- 4.4.1 Aktueller Sachstand zum Thema Barrierefreiheit bei Wahlen  
0087/2017
- 4.5 Einbindung von Behindertenorganisationen in bauliche Planungen  
hier: Sachstandsbericht
- 4.5.1 Antrag aus der Sitzung vom 12.09.2016 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
Einbindung der Behindertenverbände in Planungsvorhaben  
3322/2016
- 4.6 Rotes Haus  
hier: Sachstandsbericht
- 4.7 Inklusionsvereinbarung ersetzt die bestehende Integrationsvereinbarung  
4128/2016
- 4.7.1 Beantwortung einer Nachfrage zu TOP 4.4 aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 07.11.2016  
3941/2016
- 5 Anfragen**
- 5.1 Querungsstellen mit differenzierter Bordhöhe  
hier: Anfrage der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen vom 03.02.2017
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Mal- und Fotowettbewerb zur Rainbow-Cities-Ausstellung 2017  
0140/2017

**7 Bericht des Behindertenbeauftragten**

- 7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2017  
Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2016 und Ausblick auf  
das Jahr 2017  
4374/2016

**8 Diversity**

**9 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

**10 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **0. Ständige Gäste in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hier: Seniorenvertretung – Benennung der Seniorenvertretung für die Amtsperiode 2016 – 2021 von Frau Sigrid Buchholz**

**zurückgezogen**

### **1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 14.11.2016 wird ohne Änderungen genehmigt.

### **2 Gespräch und Vorträge**

#### **2.1 Lebensqualität für alle im Sozialraum, hier: Vortrag von Herrn Beigeordneten Dr. Harald Rau**

Herr Dr. Rau trägt zum Thema „Lebensqualität für alle im Sozialraum“ vor. Dies umfasst sowohl die Politik und die Verwaltung als auch alle Menschen, die in Köln leben und arbeiten. Die Grundfrage lautet daher, wie kann die Lebensqualität in Köln sichergestellt werden.

Für Herrn Dr. Rau ist daher die Idee der inklusiven Gesellschaft maßgeblich:

Es wird nicht mehr auf das Anderssein und die Sonderbedarfe einzelner Gruppen geblickt, sondern in dieser idealen Welt würden keine Barrieren existieren und Menschen mit ihrer Vielfältigkeit willkommen und bereichernd sein. In dieser Gesellschaft würden Stärken und Schwächen einander ausgleichen. Der Blick auf die Stärken bringt allen eine höhere Lebenszufriedenheit. Eine solche Gesellschaft wird einen hohen Lebenswert haben.

Für eine große Kommune oder ein großes Gebiet lassen sich solche Idealvorstellungen nur sehr schwer und sehr langsam umsetzen. Ein solches Idealbild lässt sich in einem kleinen Sozialraum, das heißt in einem Veedel, einfacher umsetzen. Der soziale Zusammenhalt kann sich in Kleinräumen schneller entwickeln.

Darüber hinaus wird in der heutigen Leistungsgesellschaft mehr Augenmerk auf Stärken und professionelle Hilfen gelegt. Das hat dazu geführt, dass in der heutigen Gesellschaft immer mehr Leistungen professionalisiert werden, die früher im normalen Alltag von Angehörigen, Nachbarn und ehrenamtlich Unterstützenden erbracht wurden. Dies betrifft mittlerweile alle Bereiche des Lebens wie zum Beispiel Erziehung, Pflege, Vereinswesen, Nachbarschaftshilfe. Die professionelle Hilfe ist sehr teuer und erfordert zudem einen erheblichen Aufwand für die Dokumentation, da die Rechtssicherheit der Leistung gewährleistet werden muss. Diese professionellen Leistungen sind in vielen Fällen erforderlich. Diese müssen auch weiterhin angeboten und genutzt werden. Durch private, persönliche, zwischenmenschliche Initiativen können mehr Menschen angesprochen werden, die fachlich gesehen nicht diese schwierigen, notwendigen professionellen Hilfen benötigen. Die Zufriedenheit und die Lebensqualität eines ganzen Veedels kann dadurch deutlich verbessert werden, da viele Menschen gemeinsam etwas bewirken.

Lebensqualität zeigt sich deutlich in den Bereichen Wohnen, Arbeit, soziale Begegnung, Umwelt (Umweltgerechtigkeit, Gesundheit und Arbeit). Die Reife eines Veedels oder einer Gesellschaft zeigt sich unter anderem daran, wie sie Barrieren ausräumt und mit den Schwächsten der Gesellschaft umgeht.

Ein Problem der heutigen Gesellschaft ist die drohende Vereinsamung, da immer mehr Menschen alleine leben und aufgrund geringen Einkommens soziale Teilhabe kaum möglich ist. Die Lebensqualität im Veedel ist daran messbar, wieviel Zeit man mit anderen verbringt. Für Politik und Verwaltung beutet dies, dass mehr Begegnungsräume geschaffen werden müssen. Für die Städteplanung bedeutet dies, sinnvolle Konzepte zur Verzahnung von individuellem und öffentlichem, gemeinsamen Raum zu erarbeiten.

Daher sollten Barrieren abgebaut und die Attraktivität von Begegnungsstätten gestärkt werden. Die Lebensqualität in den Veedeln muss weiter verbessert werden.

Herr Ladenberger stimmt Herrn Dr. Rau zu, dass Professionalisierung Nachbarschaftshilfe unterdrückt. Auf der anderen Seite hat die professionelle Hilfe gerade für Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung, da sie darauf angewiesen sind. Diese abzuweisen und auf Nachbarschaftshilfe zu verweisen, ist problematisch. Es sollte die Einzelfallprüfung im Vordergrund stehen.

Herr Intveen und Herr Ladenberger stellen fest, dass die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik weitestgehend ehrenamtlich tätig sind. Von daher können die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen die Wertschätzung des Ehrenamtes gut hinnehmen. Hier ist aber zu prüfen, wie das ehrenamtliche Engagement bessert unterstützt und wirkungsvoller gemacht werden kann.

Auf die Bitte von Herrn Intveen um Konkretisierung, wofür Herr Dr. Rau in der Behindertenpolitik steht, antwortet Herr Dr. Rau, dass für die Umsetzung des Zieles „Erhaltung und Schaffung von Begegnungsräumen“ sehr viel Kreativität gefragt ist. Die Umsetzung und Finanzierung wird nicht allein durch die Stadt Köln erfolgen können, sondern durch alle im sozialen Raum Tätigen, wie zum Beispiel die Kirchen, Vereine, Ärzte und Therapie-Praxen. Darüber hinaus muss überlegt werden, ob „Veedels-Manager“ eingesetzt werden können. Zudem gibt es in der Stadt Köln viele „Beauftragte“ für die verschiedensten Themenbereiche. Hier muss überlegt werden, ob eine Zusammenführung zu Veedels-Managern sinnvoll und möglich ist.

Herr Dr. Rau stellt fest, dass er in den ersten Monaten seiner Amtszeit eine Vielzahl von Sozialräumen, Gremien, verschiedenen sozialen Trägern und die verschiedensten Projekte besucht hat. Dies nutzt er als Grundlage, um sich Meinungen zu bilden und Ideen zu entwickeln. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bewegt durchaus Dinge. Sichtbar und wirksam wird die Behindertenpolitik durch die Arbeit des Behindertenbeauftragten wenn es um die Beseitigung von Barrieren geht. Allerdings wünscht er sich eine Schwerpunktverlagerung von „Beseitigung von körperlichen Barrieren“ zu „Beseitigung von Barrieren von Menschen mit Lernschwierigkeiten und sinnesbehinderten Menschen“.

Herr Schmidt bestätigt Herrn Dr. Raus Aussage, dass Sozialraumpolitik alle in Köln noch lange beschäftigen wird. Er hält es aber für wichtig, dass hierfür ein Gesamtkonzept erstellt wird. Noch sieht Köln wie ein Flickenteppich aus. Es müssen zudem Ressourcen bereitgestellt werden, damit ein solches Konzept entwickelt und umgesetzt

werden kann. Des Weiteren muss die Digitalisierung bei diesem Konzept berücksichtigt werden. Heute gibt es neben dem persönlichen Treffen über das Internet weitere Gruppen, zum Beispiel über Facebook, in dem sich Nachbarn treffen und Kontakte knüpfen. Diese digitalen Medien können aber nicht von allen genutzt werden. Hier muss auch darauf geachtet werden, dass zum Beispiel Ältere und Menschen mit Behinderung, die mit der Entwicklung der Digitalisierung nicht Stand halten können, einbezogen werden.

Herr Dr. Rau stimmt Herrn Schmidt zu, dass ein alle Verwaltungseinheiten übergreifendes, für alle Stadtbezirke greifendes und die gesamte Stadtgesellschaft umfassendes Gesamtkonzept mit konkreter Handlungsanleitung in Köln noch fehlt. Die von der Oberbürgermeisterin angestoßene Verwaltungsreform für Köln strebt ein Gesamtkonzept an, deren Vision sich die gesamte Stadtgesellschaft verpflichtet fühlt. An diesem Konzept arbeiten sowohl der Stadtvorstand als auch die einzelnen Dezernate. Das Sozialdezernat hat für sich die Zielsetzung entwickelt „Leben stark machen im Veedel“. Das Konzept zur Umsetzung der Zielsetzung wird zurzeit erarbeitet. Dieses muss auch die digitale Entwicklung berücksichtigen, damit nicht einzelne Gruppen von der Entwicklung abgehängt werden.

Herr Schmidt schlägt vor, dass die Wohnungsgesellschaften wie zum Beispiel die GAG eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes der Veedels-Manager wahrnehmen sollten, da sie durch die Vielzahl an Wohnungen direkten Zugang zu den Bewohnern, aber auch zu dem Umfeld haben. Herr Dr. Rau betont, dass gerade die GAG bereits eine wichtige Funktion in den Sozialräumen wahrnimmt. Allerdings können marktorientierte Unternehmen nicht gezwungen werden auch für konkurrierende Unternehmen mitzudenken und mitzuarbeiten. Hier müssten Modelle für Win-Win-Situationen angedacht werden, damit diese Unternehmen einbezogen werden können. Denn ein gut funktionierendes Quartier zieht auch gute Mieter an.

Herr Intveen unterstützt Herrn Dr. Raus Aussage, dass das gesellschaftliche Miteinander, die Nachbarschaftshilfe und das ehrenamtliche Engagement erforderlich und sinnvoll sind. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik arbeitet aber oft an Themen, die auch mit Kosten verbunden sind und sehr oft damit an Grenzen stoßen. Es wurde im Vortrag von Dr. Rau auf die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt und den erheblichen Etat für soziale Pflichtaufgaben hingewiesen. Er bittet Herrn Dr. Rau d dazustellen, welche Mittel hierfür eingeplant werden.

Herr Dr. Rau weist diesbezüglich auf die starke Haushaltsbelastung der Stadt Köln und den erheblichen Anteil des Sozialetats am städtischen Haushalt hin. Daraus ergibt sich die Aufgabe für die Stadt Köln, sparsam zu wirtschaften und das Defizit abzubauen. Er dankt dem Rat der Stadt Köln für dessen Anstrengungen für ein soziales Köln. Hierzu gehören zum Beispiel die Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen. Dies ist ein Beispiel, wie der gesamte Rat der Stadt Köln sich fraktionsübergreifend für benachteiligte Menschen entscheidet. Herr Dr. Rau versteht seine Aufgabe als Dezernent für sein Dezernat und für das Gesamtkonzept darin, die bestmögliche Mittelausstattung zu erstreiten, um damit z. B. Bürgerhäuser, Veedels-Manager, Winterhilfe und vieles mehr abzusichern. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der Situation des Gesamthaushaltes und des erforderlichen Sparzwangs.

### **3 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen**

#### **3.1 Sitzungsplanung 2017 hier: Schwerpunktthemen der Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im 2. Halbjahr 2017**

Nach kurzer Diskussion beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wie folgt:

##### **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt folgende Schwerpunktthemen für das Sitzungsjahr 2017:

2. Sitzung am Dienstag, 16.05.2017:  
Nahverkehrsplan

3. Sitzung am Dienstag, 19.09.2017:  
Sachstandsberichte zu den Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträgen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Amtsperiode 2014 - 2020

Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 2015/2016 an den Ausschuss Soziales und Senioren

4. Sitzung am Donnerstag, 16.11.2017:  
Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

Im Vorgriff auf die Planung der Schwerpunktthemen im Sitzungsjahr 2018 beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dass die Dezernentin für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur zu einem Gespräch mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eingeladen werden soll.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

#### **3.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen hier: Antrag der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und - selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 18.01.2017**

Herr Ladenberger berichtet, dass die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen sehr erfreut zur Kenntnis genommen haben, dass die Bezirksvertretung Ehrenfeld zu diesem Thema bereits einen Beschluss gefasst hat. Daher entstand die Überlegung, dass dieser sinnvolle Beschluss im Sinne der Menschen mit Behinderung aber auch aller anderen Menschen auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden soll. Seitdem dieser Antrag auf der Tagesordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik steht haben ihn viele Menschen – auch viele, die in der Regel nicht mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik befasst sind - angesprochen, die diesen Antrag ebenfalls sehr gut finden. Dies zeigt, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diese Beschlussempfehlung an den Fachausschuss ganz im Sinne der Kölner Stadtgesellschaft einbringt. Dies zeigt auch, dass

die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der Stadt wahrgenommen wird.

Herr Dr. Rau ergänzt diese Ausführungen mit dem Hinweis auf die Problematik, dass in Köln die Luftbelastung durch Stickoxide zu oft die Grenzwerte übersteigen. Er hat in seiner Funktion als Umweltdezernent einen Arbeitskreis einberufen, der sich mit dem Thema befasst, um hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Aus Umweltgesichtspunkten sieht er langfristig die Aufgabe, den Individualverkehr in Köln zur Ausnahme zu machen und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Nutzung von Fahrrädern in Köln zu stärken. Es zu tolerieren, dass Autos Gehwege und Zufahrten zuparken, sei eine Bevorzugung des Individualverkehrs. Daher möchte er diesen Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sowohl als Vorsitzender der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als auch als Umweltdezernent unterstützen.

Herr Intveen dankt für diese Aussage, da hierdurch deutlich wird, dass es bei diesem Antrag nicht ausschließlich für Menschen mit Behinderung geht, sondern die inklusive Stadtgesellschaft betrifft. Eine moderne Stadt braucht Bewegungsräume. Er dankt daher auch der Bezirksvertretung Ehrenfeld, die dieses Thema aufgebracht hat.

Herr Ladenberger bittet darauf zu achten, dass der ÖPNV bei der Einschränkung des Individualverkehrs auch zu einem ÖPNV für alle wird und es keine Nutzungseinschränkungen geben darf, die Menschen ausgrenzt und die Mobilität verhindert.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

#### **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, dem zuständigen Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zu empfehlen, in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss zu fassen:

Auf allen Gehwegen innerhalb der Stadt Köln soll unverzüglich eine barrierefreie Mobilität gewährleistet werden. Das Amt für öffentliche Ordnung ist angehalten, für die Aufrechterhaltung der barrierefreien Gehwegmobilität zu sorgen und die Gehwegbreite von 1,50 Metern (zzgl. Sicherheitsabständen 0,2 m zum Haus + 0,3 m zum PKW) und Begegnungszonen nach 15 Metern mit geeigneten Maßnahmen zu realisieren. Eine Unterschreitung ist nur dann möglich, wenn der Gehweg eine bauliche Breite von 2,00 Metern nicht aufweist.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### **3.3 KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2017 hier: Benennung von Jurymitgliedern**

Für die Jury sind auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zwei Jurymitglieder zu benennen. Die Preisverleihung des KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2017 findet am Freitag, 08.12.2017, 17.00 Uhr im Forum der VHS/Rautenstrauch-Joest-Museum statt. Hierzu sind bereits jetzt alle Mitglieder und Gäste der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eingeladen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt auf Vorschlag der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen wie folgt.

## **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik benennt

Frau Ute Palm  
Frau Barbara Combrink-Souhjoud

als Jurymitglieder für den KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2017.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### **4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

#### **4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht - 0990/2016 und ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hier: Sachstandsbericht und Controlling**

Herr Dr. Bell berichtet, dass der Rat den 2. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik am 20.12.2016 beschlossen hat. Ergänzend wurde vom Ausschuss Soziales und Senioren und vom Gesundheitsausschuss beschlossen, dass die ergänzenden Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder dem 2. Folgebericht beigefügt werden. Zurzeit wird eine Veröffentlichung des 2. Folgebericht als Broschüre vorbereitet. Frau Oberbürgermeisterin Reker wird in ihrem Vorwort ausdrücklich auf die ergänzenden Forderungen hinweisen.

Der Behindertenbeauftragte wird zur Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen ein Controlling-Verfahren durchführen und halbjährig dem Fachbeigeordneten berichten. Einmal jährlich wird den politischen Gremien über den Sachstand berichtet.

Herr Intveen dankt im Namen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dass der 2. Folgebericht beschlossen werden konnten und die ergänzenden Forderungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nun auch mit Unterstützung der Oberbürgermeisterin in einer Broschüre veröffentlicht werden. Er begrüßt ausdrücklich die Einführung des Controlling-Verfahrens und des Berichtswesens.

#### **4.1.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht - 0990/2016 - Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln - 2763/2016 hier: Beantwortung einer Anfrage aus dem Ausschuss Soziales und Senioren am 27.10.2016 und des Gesundheitsausschusses am 15.11.2016 4207/2016**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

## **4.2 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten** **hier: Sachstandsbericht**

Herr Kube berichtet, dass der Rat den Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mit seinem Beschluss gefolgt ist. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt nun in einem laufenden Prozess. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Flüchtlinge langfristig nicht mehr in speziellen Unterkünften, sondern in verschiedenen Wohnformen unterzubringen. Es besteht die Möglichkeit, Fördermittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau einzusetzen. Das Amt für Wohnungswesen ist daher auch bemüht, Investoren für diesen öffentlich geförderten Wohnungsbau zu gewinnen. Die Verwaltung wird regelmäßig über die Umsetzung des Ratsbeschlusses berichten.

Herr Dr. Bell ergänzt diese Ausführungen mit dem Hinweis, dass es gelungen ist, zusammen mit der Technischen Hochschule Köln ein Lehrforschungsprojekt zur Umsetzung der Barrierefreiheit der Flüchtlingsunterkünfte zu initiieren. Von April bis Juli 2017 werden Studierende des Fachbereiches Angewandte Sozialwissenschaften und des Fachbereiches Design im Rahmen einer Felderkundung mit dem Amt für Wohnungswesen abgestimmte Flüchtlingsunterkünfte im Hinblick auf ihre Barrierefreiheit untersuchen. Aus dieser Bestandsaufnahme werden sie Vorschläge zur Verbesserung bestehender Unterkünfte und zur künftigen Gestaltung neuer Unterkünfte machen. Der Behindertenbeauftragte wird das Projekt intensiv begleiten.

Herr Dr. Rau betont, dass für ihn der Ratsbeschluss und seine Umsetzung ein Zeichen der Reife der Stadtgesellschaft ist. Allerdings fehlt es an einer ausreichenden Menge an barrierefreien Unterkünften. Hier wird aber mit Hochdruck gearbeitet, diesen Missstand zu beseitigen.

### **4.2.1 Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten** **0118/2017**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Ratsbeschluss zur Kenntnis.

## **4.3 Erhöhung der Mobilitätshilfe und Erweiterung des Personenkreises um den Personenkreis der Menschen mit geistiger Behinderung mit Orientierungsschwierigkeiten** **hier: Sachstandsbericht**

Herr Woltmann berichtet, dass der in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 14.11.2017 vereinbarte Gesprächstermin zwischen den Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und dem zuständigen Fachamt am 03.03.2017 stattfinden wird. Über das Ergebnis wird Herr Woltmann in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik berichten.

## **4.4 Barrierefreie Wahlen** **hier: Landtagswahl NRW am 14.05.2017 und Bundestagswahl am 24.09.2017**

Herr Heintz stellt dar, dass Barrierefreiheit sich nicht in jeder Hinsicht erreichen lässt. Daher wurde das Augenmerk zunächst auf eine Barrierefreiheit für Rollstuhlnut-

zer\*innen und andere mobilitätsbehinderte Menschen gerichtet. Mittlerweile sind 81 % der Wahllokale rollstuhlgerecht. In den Wahlvorständen wird es auch bei den diesjährigen Wahlen mobile Unterstützungskräfte geben. Diese werden in nicht barrierefreien Wahllokalen den mobilitätsbehinderten Menschen anbieten können, im Vorraum in einer mobilen Papp-Urne ihre Stimme abzugeben. Die Stimmzettel werden danach zur Auszählung in die normale Urne gegeben, so dass diese Stimmzettel den Wähler\*innen nicht zugeordnet werden können.

Für sehbehinderte und blinde Personen werden Wahlschablonen und ein Wahl-Hilfepaket zur Verfügung gestellt.

Bei der Landtagswahl NRW 2017 dürfen erstmals auch Menschen, die in allen Angelegenheiten unter Betreuung stehen, ihr Wahlrecht wahrnehmen. Nur wer von einem Gericht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, darf nicht wählen.

Bei der Bundestagswahl 2017 gelten noch die Beschränkungen wie bisher. So dürfen bei der Bundestagswahl Menschen, die in allen Angelegenheiten unter Betreuung stehen, nach wie vor nicht wählen.

Da die überwiegende Zahl der Wahllokale barrierefrei ist, appelliert Herr Heintz an alle Wähler\*innen zu beiden Wahlen vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und insbesondere auch ihre Stimme in den Wahllokalen abzugeben.

Frau Schmitz bittet das Wahlamt auch für behinderte Wahlhelfer\*innen sicherzustellen, dass die Wahllokale barrierefrei sind und entsprechendes Mobiliar und sonstige Unterstützung zur Verfügung gestellt wird. Herr Heintz bittet im Einzelfall Kontakt mit dem Wahlamt aufzunehmen, damit geeignete Lösungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Frau Palm bittet im Namen der sehbehinderten Menschen darum sicherzustellen, dass die Bedarfe der sehbehinderten Menschen, wie z.B. dass bei allen Wahllokalen Treppenstufen etc. kontrastreich markiert und Aufzüge ausreichend beschriftet sind, ausreichend berücksichtigt werden. Herr Heintz versichert, dass diese Vorgaben weitestgehend erfüllt werden.

Herr Intveen stellt fest, dass es enorme Bemühungen gibt, dass alle Wähler\*innen in einem barrierefreien Wahlraum ortsnah ihre Stimme abgeben können. Eine optimale Barrierefreiheit aller Wahllokale ist zwar noch nicht gegeben, aber dies scheint erreichbar zu sein.

#### **4.4.1 Aktueller Sachstand zum Thema Barrierefreiheit bei Wahlen 0087/2017**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **4.5 Einbindung von Behindertenorganisationen in bauliche Planungen hier: Sachstandsbericht**

Herr Dr. Bell stellt fest, dass es unter der Federführung des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau ein Beteiligungsverfahren der Behindertenverbände an Planungsvorhaben gibt, das über die Vorgaben des Gemeinde-Finanzierungs-Gesetz

hinausgeht. Dies ist einerseits erfreulich, überschreitet aber mitunter die Kapazitäten der ehrenamtlich arbeitenden Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen. Daher haben der Behindertenbeauftragte und das Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau im ersten Schritt ermittelt, an welchen Planungen die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen beteiligt werden müssen, wo der Behindertenbeauftragte diese Funktion übernehmen könnte und wo lediglich angezeigt werden sollte, dass es sich hierbei um die Umsetzung von Routine-Maßnahmen handelt, die bereits vielfach abgestimmt sind. Dieser Vorschlag wurde dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln vorgelegt. Der Vorschlag konnte bisher noch nicht ausreichend diskutiert werden. Dies ist für die nächste Sitzung des Arbeitskreises Barrierefreies Köln am 21.02.2017 vorgesehen. Über das Ergebnis wird die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der nächsten Sitzung informiert werden.

Herr Intveen betont, dass es den Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen sehr wichtig ist an Planungen beteiligt zu werden. Er bittet aber auch zu berücksichtigen, dass die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen als Menschen mit Behinderung bei diesen Beteiligungsverfahren mehr Unterstützung benötigen, als bisher von den meisten Fachämtern erbracht worden ist. Die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen ist begrenzt und es hat sich gezeigt, dass es zurzeit nicht möglich ist, weitere zu gewinnen. Auch geben die Behinderungen der einzelnen Vertreter\*innen Kapazitätsgrenzen vor. Daher appelliert Herr Intveen eindrücklich an alle Fachämter, sämtliche Unterlagen in barrierefreier Form vorzulegen, damit den Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen die Mitwirkung zum Teil erleichtert zum Teil aber dadurch erst ermöglicht wird. Ohne diese Unterstützung ist eine Beteiligung der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen nicht möglich.

#### **4.5.1 Antrag aus der Sitzung vom 12.09.2016 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Einbindung der Behindertenverbände in Planungsvorhaben 3322/2016**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Beantwortung der Nachfrage zur Kenntnis.

Herr Matzel stellt dar, dass alle Nachbesserungen bei den Fahrgastunterständen, wie mit den Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen abgestimmt, erfolgt sind.

#### **4.6 Rotes Haus hier: Sachstandsbericht**

Herr Dr. Bell berichtet, dass die Fachverwaltung die Änderungsvorschläge der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen aufgegriffen hat und eine Ergänzungsvorlage vorgelegt hat. Hierzu gab es weitere Anträge, die die Fachverwaltung zunächst prüfen möchte, bevor sie eine Stellungnahme abgibt. Daher wurde die Vorlagen zurückgezogen. In Kürze wird die Verwaltung hierzu eine neue Vorlage einbringen.

Frau Beckmann bitte für die KVB um Beantwortung von zwei Verständnisfragen zur Stellungnahme des Arbeitskreises Barrierefreies Köln zu der Vorlage der Verwaltung (2427/2016/2): Zum einen haben die Planer der KVB an der Ausstiegsstelle am Ende des Stegs auf Rathausvorplatzhöhe eine Absturzgefahr gesehen. Zum anderen ver-

zichtet der Arbeitskreis Barrierefreies Köln vor dem Einstieg in den Aufzug Höhe Altermarkt auf die Anforderungssäule. Dies entspricht nicht den üblichen Vorgaben, so dass Frau Beckmann um Erläuterung bittet.

Herr Ladenberger stellt dar, dass die Abstimmung zu dem Kompromissvorschlag, der in der Vorlage 2427/2016/2 aufgeführt ist, unter sehr hohem Zeitdruck und einem erheblichen Sachzwang stand. Eine frühzeitige Einbindung in das Planungsverfahren hatte nicht stattgefunden. Die Lösung hat einen Abstand zur Treppe von rund 3 Metern. Dies wird von den Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen in diesem Fall als nicht problematisch angesehen. Der Wegfall der Anforderungssäule wurde nur als absolute Ausnahme aufgrund der örtlichen Gegebenheiten akzeptiert, da die Rangierfläche dort nur sehr begrenzt ist.

Herr Intveen weist darauf hin, dass die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen dieser Kompromisslösung nur zugestimmt haben, weil im Raum stand, dass es keine bessere Alternative zur Erschließung des Rathausvorplatzes gäbe. Alle gemachten Kompromisse bezogen sich ausschließlich auf diesen Vorschlag. Dieser Sachstand ist mittlerweile überholt, weil ein weiterer Vorschlag gemacht wurde. Daher können die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu diesem Zeitpunkt keine weitere Stellungnahme zu den Planungen abgeben. Die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen werden weiterhin eine barrierefreie Erschließung des Rathausvorplatzes fordern. Bei der nun anstehenden neuen Planung werden die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen erneut alle Vorgaben zur Barrierefreiheit abprüfen und einfordern. Die Beteiligung der Behindertenorganisationen sollte auch weiterhin Bestandteil des Verfahrens sein. Damit diese dazu befähigt sind Stellung zu nehmen, bittet Herr Intveen unbedingt um Bereitstellung barrierefreier Planungsunterlagen und einen Zeitrahmen, der es den Behindertenorganisationen auch möglich macht darüber zu beraten.

Herr Ladenberger betont, dass die Behindertenorganisationen nicht nur eine frühzeitige und umfassende Beteiligung fordern, sondern auch anbieten, ihr Wissen in das Verfahren einzubringen.

Herr Dr. Rau informiert, dass eine neue Planung vorgesehen ist. Rat und Verwaltung schließen sich der Forderung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an, dass eine barrierefreie Erschließung des Rathauses-Vorplatzes geboten ist. Dies sind Erfolg und Zeichen der Wirksamkeit des Handelns der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gleichermaßen. Er sichert zu, dass die Behindertenorganisationen frühzeitig in das neue Verfahren eingebunden werden und ihnen barrierefreie Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

#### **4.7 Inklusionsvereinbarung ersetzt die bestehende Integrationsvereinbarung 4128/2016**

Herr Ladenberger stellt dar, dass das Thema Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Kölner Stadtverwaltung ein sehr wichtiges Thema ist. Die in der letzten Sitzung zum Thema Integrationsvereinbarung vorgelegte Mitteilung ist aufgrund des Umfangs und des fehlenden Hintergrundwissens nicht nachvollziehbar. Daher hat der Ausschuss Soziales und Senioren in seiner letzten Sitzung darum gebeten, dass die Vorlage erläutert wird. Enthalten sein sollte dabei eine Gegenüberstellung der Regelungen der Integrationsvereinbarung und der Inklusionsvereinbarung, die Rechtsnormen und Verordnungen, die der Vereinbarung zugrunde liegen. Er bittet

auch um Konkretisierung der einzelnen Ziele und Vorgaben. So wird beispielsweise als Ziel „Bereitstellung von ausreichenden Kontingenten für Menschen mit Behinderung“ angegeben, aber nicht erläutert, wie dies Ziel erreicht werden soll. Arbeit ist ein wichtiges Thema für die Menschen mit Behinderung. Bei der Stadt Köln werden immer noch sehr wenige Menschen mit Behinderung eingestellt. Die Schwerbehindertenquote ergibt sich bei der Stadt Köln überwiegend aus den Mitarbeiter\*innen, die im Laufe ihres Arbeitslebens eine Behinderung bekommen. Auch die Ausbildungsquote erfasst nur sehr wenige Menschen mit Behinderung.

Herr Intveen vermisst eine nachvollziehbare Erfassung, welche Menschen mit Behinderung mit welchen Behinderungsformen bei der Stadt Köln beschäftigt werden sollen. Jede Behinderungsform sollte berücksichtigt werden.

Herr Zuch weist darauf hin, dass in der Inklusionsvereinbarung Prüfungserleichterungen für Menschen mit Behinderung vorgesehen sind. Auch hier ist die Unterscheidung nach den Behinderungsformen und deren Berücksichtigung wichtig.

Herr Dr. Rau bestätigt, dass das Thema Beschäftigung und Einstellung von Menschen mit Behinderung ebenso wie Personalakquise und Personalmanagement wichtige Themen sind. Die Kölner Stadtverwaltung hat hier einen großen Handlungsbedarf. Daher muss dieses Thema mit auf die Agenda genommen werden.

Die Fachverwaltung sichert eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu.

#### **4.7.1 Beantwortung einer Nachfrage zu TOP 4.4 aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 07.11.2016 3941/2016**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

## **5 Anfragen**

### **5.1 Querungsstellen mit differenzierter Bordhöhe hier: Anfrage der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen vom 03.02.2017**

Herr Sämann berichtet, dass die Fachverwaltung mit diversen Betonherstellern Kontakt aufgenommen hat, um Informationen über alle marktüblichen Angebote zu sammeln. Diese Informationen werden zurzeit ausgewertet und mit allen Fachbereichen (Fahrradverkehr, Straßenverkehr, etc.) abgestimmt. Auch mit den Behindertenorganisationen wird eine Abstimmung erfolgen. Bei Bedarf wird eine Bemusterung durchgeführt. Wenn geeignete Systeme ausgesucht worden sind, werden diese an einzelnen Stellen getestet, wie praktikabel sie sind. Wenn die Ergebnisse ausgewertet sind, werden die für gut getesteten Modelle im gesamten Stadtgebiet eingeführt.

Aufgrund dieser umfassenden Information verzichtet die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Mal- und Fotowettbewerb zur Rainbow-Cities-Ausstellung 2017 0140/2017**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **7 Bericht des Behindertenbeauftragten**

### **7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2017 Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2016 und Ausblick auf das Jahr 2017 4374/2016**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt Bericht des Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

Herr Ladenberger stellt fest, dass dieser Bericht zeigt, was der Behindertenbeauftragter und die Fachstelle Behindertenpolitik Enormes leistet, obwohl nur begrenzte Ressourcen vorhanden sind. Es wird vieles angestoßen und umgesetzt. Hier hätten die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik noch viele weitere Vorschläge, aber diese seien gerade wegen der begrenzten Ressourcen nicht umsetzbar.

Herr Dr. Rau dankt für das Lob an die Verwaltung und stimmt der Aussage zu, dass trotz der geringen Ressourcen in der Behindertenpolitik viel bewegt wird.

## **8 Diversity**

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

## **9 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

## **10 Verschiedenes**

Herr Intveen und Frau Röttger-Schulz appellieren an alle, dass in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine einfache oder besser noch Leichte Sprache verwendet wird, damit alle dem Sitzungsverlauf folgen können. Eine einfache Sprache ist sowohl in der Diskussion als auch für die Vorträge und die Vorlagen der Verwaltung erforderlich. Dies ist für alle Beteiligten eine schwierige Aufgabe, die sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aber als Ziel setzen sollte, da dies allen nützt.

Frau Hepp bittet zudem um langsames und deutliches Sprechen.

Herr Dr. Rau betont, dass es eine schwere Aufgabe ist, komplexe Sachverhalte in einfache Sprache umzusetzen. Dies ist eine Aufgabe, die nicht nur die Verwaltung sehr lange und intensiv beschäftigen wird und Ressourcen binden wird.

Gez. Dr. Harald Rau  
(Vorsitzender / Beigeordneter)

gez. Angela Edith Thiemann  
(Geschäftsführung / Schriftführerin)